



Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 6 Mark, Wochen-Abonnement 60 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 7 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstelheiligen Zeit-Seite 20 Pf., Reklame 50 Pf.

Edition: Herrenstücke Nr. 20. Auferden übernehmen alle Post- und anderen Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 345. Abend-Ausgabe.

Siebenundsechzigster Jahrgang. — Eduard Trewendt Zeitungs-Verlag.

Dienstag, den 18. Mai 1886.

Parlamentsbrief.

Berlin, 17. Mai.

Nach dem Verlauf des heutigen Tags scheint es, als werde es nicht gelingen, außer den beiden großen Steuervorlagen noch irgend einen Gegenstand von Wichtigkeit im Reichstage zu erledigen. Zwei Petitionen, die den Haushandel und den Wollzoll betreffen, wurden von der Tagesordnung abgesetzt, weil es den Parteien nicht behagte, ihr Schicksal einem höchst unbeschlußfähigen Hause anzuertragen. Dagegen wurden einige Petitionen von geringerer Wichtigkeit erledigt. Eine recht interessante Frage ist die, ob das Unterstützungswohnsitzgesetz auf Elsass ausgedehnt werden soll. Die Elsässer verwahren sich dagegen, weil bei ihnen die freie Armenpflege ausreichend sei; deutsche Kreise, in welche Personen, die im Elsass verarmt sind, zurückgeschickt werden, verlangen es. An sich ist es ja wünschenswerth, daß die deutsche Gesetzgebung bald möglichst vollständig auf den Elsass ausgedehnt werde; ob es aber gerade mit diesem Gesetz größere Eile hat als mit andern, ist zweifelhaft.

Der Zuckersteuergesetzentwurf wird voraussichtlich ohne Commissionssitzung durchgehen. Eine Anzahl der Conservativen, welche sich bisher einer Erhöhung der Tabaksteuer widersetzt haben, wollen vor dem festen Willen der Regierung capituliren und ihre Vorlage annehmen, um zu verhüten, daß gar Nichts zu Stande komme.

Über die Branntweinstuer ist noch gar Nichts vorherzusagen. Heute wurden im Hause einige Probedrucke des Entwurfs gezeigt, welche hinter einander einen „Principalentwurf“ und einen „Eventualentwurf“ enthalten. Dann wurde aber mitgetheilt, daß beruhe auf einem Missverständniß, der Bundesrat ziehe den Eventualentwurf zurück und werde den als Principalentwurf bezeichneten als einzigen Entwurf einbringen. Die Motive sind noch nicht gedruckt. Wie man sich eine Controle darüber denkt, daß nicht Stohspiritus in Mengen als Branntwein consumirt wird, habe ich noch nicht ermittelt. Indessen diese Frage ist ja sehr untergeordnet gegen diejenige, wie das Centrum sich stellen wird. Und darüber liegt noch Alles im Dunkeln.

Der Eventual-Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Besteuerung des Branntweins,
der gestern aus Versehen an das Bureau des Reichstages gelangte, aber vor der Vertheilung an die Mitglieder zurückgezogen wurde, hat folgenden Wortlaut:

Erster Abschnitt.

Verbrauchsabgabe.

§ 1. Der im Gebiete der Branntweinfertigungsgemeinschaft hergestellte Branntwein unterliegt einer Verbrauchsabgabe und zu diesem Zweck der steuerlichen Controle. Die Verbrauchsabgabe beträgt für das Liter reinen Alkohols:

a. vom 1. October 1887 bis 30. September 1888 . . .	0,40 Mark
b. vom 1. October 1888 bis 30. September 1889 . . .	0,80 =
c. vom 1. October 1889 ab	1,20 =

Von der Verbrauchsabgabe bleibt befreit:

- 1) Branntwein, welcher ausgeführt wird,
- 2) Branntwein, welcher zu gewerblichen Zwecken, einschließlich der Eßigbereitung, zu Hell-, zu wissenschaftlichen oder zu Heizungs- oder Beleuchtungszwecken verwendet wird, nach näherer Bestimmung des Bundesrates.

§ 2. Die Verbrauchsabgabe ist zu entrichten, sobald der Branntwein aus der steuerlichen Controle in den freien Verkehr tritt. Zur Entrichtung der Abgabe ist derjenige verpflichtet, welcher den Branntwein zur freien Verfügung erhält. Dem Steuerpflichtigen kann die Abgabe gegen Sicherheit gefundet werden.

§ 3. In den Brennereien sind nach näherer Anordnung der Steuerbehörde mit dem Destillirapparat in fester Verbindung stehende Sammelgefäße aufzustellen, in welche der gesammelte Branntwein geleitet

wird, sowie alle sonstigen Einrichtungen zu treffen, welche die Steuerbehörde zur Sicherung gegen heimliche Ableitung oder Entnahme von alkoholhaltigen Dämpfen, Lutter oder Branntwein für erforderlich erachtet. — Der Destillirapparat, die Sammelgefäße und die dieselben verbindenden Röhrenleitungen sind in der Regel dergefestzt unter amtlichen Verschluß zu nehmen, daß eine heimliche Ableitung oder Entnahme von alkoholhaltigen Dämpfen, Lutter oder Branntwein aus denselben nur mittels einer äußeren Spuren hinterlassenden Gewalt erfolgen kann. Die Räume, in welchen die Sammelgefäße aufgestellt sind, müssen den Anforderungen der Steuerbehörde entsprechen und sind erforderlichenfalls von derselben unter Mitverschluß zu setzen.

§ 4. In Fällen, in welchen die Einrichtung geeigneter Räume zur Aufstellung von Sammelgefäßen nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohen Kosten möglich ist, kann die Steuerbehörde an Stelle der Sammelgefäße die Benutzung eines zuverlässigen, in fester Verbindung mit dem Destillirapparat und unter sicherem amtlichen Verschluß stehenden Messapparats gestatten, welcher die Menge und Stärke des aus dem Destillirapparat fließenden Branntweins fortlaufend anzeigen oder die spätere amtliche Ermittlung der Stärke durch Zurückbehal tung von Proben ermöglicht.

§ 5. Der Steuerbehörde bleibt vorbehalten, in besondere Fällen die Aufstellung eines Messapparats neben Beibehaltung der Sammelgefäße anzuordnen, oder die Mindestmenge des zu ziehenden reinen Alkohols im Voraus bindend festzulegen, oder eine Brennerei unter dauernde amtliche Überwachung zu stellen.

§ 6. So lange den Anforderungen der Steuerbehörde in Bezug auf die in den §§ 3 bis 5 bezeichneten Einrichtungen nicht genüge geleistet worden, kann die Steuerbehörde den Betrieb der Brennerei untersagen.

§ 7. Die Kosten für die Anschaffung der Sammelgefäße, der Messapparate, der Ueberrohre und der Kunstschlösser trägt die Branntweinstuergemeinschaft.

§ 8. Wenn der Brennereibetrieb unterbrochen oder ein amtlicher Verschluß oder einer derjenigen Theile der Brennereigeräthe einschließlich der Sammelgefäße und des Messapparats, aus welchen eine heimliche Ableitung oder Entnahme von alkoholhaltigen Dämpfen, Lutter oder Branntwein möglich ist, verlegt wird, so ist dies mit Beachtung der dieserthalb zu erlassenden näheren Anordnungen gleichzeit der Steuerbehörde anzuzeigen. — Falls in Folge einer solchen Verlegung ein Zugang zu dem Alkohol geschaffen oder ein Ausströmen desselben herbeigeführt wird, oder die Möglichkeit, die regelmäßige Thätigkeit des Messapparats zu beeinflussen, entsteht, so ist gleichzeitig der Betrieb einzustellen. Das Gleiche gilt bei jeder in den regelmäßigen Thätigkeit des Messapparats eintretenden Störung. — Die Steuerbehörde nimmt nach Befinden eine Untersuchung vor und ordnet die zur Sicherheit des Steuerinteresses erforderlichen Maßnahmen an.

§ 9. Der erzeugte Branntwein ist in der Brennerei von der Steuerbehörde nach Menge und Stärke festzustellen und verbleibt unter steuerlicher Controle, bis er zur Ausfuhr oder befuß Verwendung zu gewerblichen Zwecken abgeführt oder bis die Verbrauchsabgabe gezahlt oder gestundet wird. Sofern eine weitere Aufbewahrung des unter steuerlicher Controle stehenden Branntweins erforderlich wird, hat der Inhaber des Branntweins die Aufnahme derselben in eine für unverzollte Waaren bestimmte oder mit Bewilligung der Steuerbehörde ausschließlich für diesen Zweck eingerichtete öffentliche oder unter amtlichem Mitverschluß stehende Privatniederlage zu bewirken. Die Lagerung und Versendung des unter steuerlicher Controle stehenden Branntweins erfolgt nach den hierüber vom Bundesrat zu treffenden Bestimmungen. — Bleibt in den Fällen, in welchen ein Messapparat benutzt wird, oder die Mindestmenge des zu ziehenden reinen Alkohols amtlich festgelegt worden ist (§§ 4, 5 und 10), die nach Absatz 1 festgestellte Menge reinen Alkohols hinter dem auf Grund der Anzeige des Messapparates oder der amtlichen Festsetzung ermittelten Sollbestand zurück, ohne daß der Bremmerbesitzer der Steuerbehörde einen genügenden Grund hierfür glaubhaft nachweisen kann, so hat er für die Fehlmenge den ihr entsprechenden Betrag der Verbrauchsabgabe zu erlegen. Der unter gewöhnlichen Verhältnissen durch Verzundung entstehende Abgang an Alkohol ist von dem Sollbestand in Abrechnung zu bringen.

§ 10. Für diejenigen Brennereien, welche in einem Betriebsjahr nicht mehr als 1500 Hektoliter Bottichraum bemäischen und eine Brennvorrichtung mit unmittelbarer Feuerung benutzen, oder welche nur Abfälle der eigenen Biererzeugung verwenden, oder welche in einem Betriebsjahr höchstens 70 Hektoliter nicht mehliger Stoffe verarbeiten, sind unter Nachlass der in den §§ 3 bis 6, 8 und 9 angeordneten Betriebeinrichtungen und Controllen besondere Verwaltungsvorschriften mit der Maßgabe zu treffen, daß

die Mindestmenge des zu ziehenden reinen Alkohols im Voraus von der Steuerbehörde bindend festgelegt wird. Die Vorschriften des § 2 Absatz 1 und 2 finden keine Anwendung; die Verbrauchsabgabe ist von dem Brennereibesitzer zu entrichten; die Zahlung muß, soweit nicht Stundung gewährt wird, drei Monate nach der Herstellung des Branntweins bewirkt werden. — In Fällen, in welchen es sich örtlicher oder zeitlicher Verhältnisse wegen, insbesondere wegen günstigen Ausfalls der Ernte, als Bedürfnis erweist, können Brennereien nicht mehliger Stoffe nach den vorstehenden Vorschriften behandelt werden, auch wenn sie mehr als 70 Hektoliter dergleichen Stoffe verarbeiten.

§ 11. Jeder Wechsel im Besitz einer Brennerei ist der Steuerbehörde binnen einer Woche seitens des neuen und in den Fällen freiwilliger Veräußerung auch seitens des bisherigen Besitzers schriftlich anzugeben.

§ 12. In Bezug auf Haushaltungen in Fällen des Verdachts einer Zuwidderhandlung gegen die die Verbrauchsabgabe betreffenden Bestimmungen dieses Gesetzes finden die Vorschriften des § 126 des Vereinssollgesetzes entsprechende Anwendung.

§ 13. Alle Forderungen und Nachforderungen an Verbrauchsabgabe, besagliche die Anprüche auf Erfolg wegen zu viel oder zur Ungebühr entrichteter Abgabe verjährn binnen Jahresfrist von dem Tage des Eintretts der Zahlungsverpflichtung beziehungsweise der Zahlung an gerechnet. Der Anspruch auf Nachzahlung defraudirter Gefälle verjährt in drei Jahren. — Auf das Regressverhältnis des Staates gegen die Steuerbeamten finden diese Verjährungsfristen keine Anwendung.

§ 14. Wer es unternimmt, die Verbrauchsabgabe vom Branntwein zu hinterziehen, macht sich einer Defraudation schuldig.

§ 15. Eine Defraudation der Verbrauchsabgabe wird insbesondere dann als vollbracht angesehen:

- 1) wenn ohne den vorgeschriebenen, von der Steuerbehörde genehmigten Betriebsplan oder am anderen Tagen, in anderen Räumen oder unter Benutzung von anderen Destillirgeräthen, als den in dem genehmigten Betriebsplan angemeldeten, Branntwein gebrannt wird;
- 2) wenn für kleine Brennereien (§ 10) durch Verwaltungsvorschrift angegebene Betriebserklärungen nicht oder unrichtig abgegeben werden, beziehungsweise wenn vorgeschriebene Brennereiregister nicht oder unrichtig geführt werden;
- 3) wenn alkoholhaltige Dämpfe, Lutter oder Branntwein unbefugterweise abgeleitet oder entnommen werden;
- 4) wenn über den unter steuerlicher Controle stehenden Branntwein unbefugterweise verfügt wird;
- 5) wenn von der Verbrauchsabgabe befreiter Branntwein (§ 1 Abs. 2 Biffet 2) zu anderen als den gestatteten Zwecken verwendet wird.

§ 16. Der Defraudation der Verbrauchsabgabe wird gleichgeachtet:

- 1) wenn Misch- oder Destillirgeräthe, welche durch Anlegung eines amtlichen Verschlusses oder in anderer Weise durch Anordnungen der Steuerbehörde der Benutzung entzogen worden sind, unbefugter Weise wieder in Betrieb genommen werden;
- 2) wenn ein auf Grund der die Verbrauchsabgabe betreffenden Bestimmungen dieses Gesetzes oder der in der Gemäßigkeit derselben erlaubten Verwaltungsvorschriften angelegter amtlicher Verschluß oder einer derjenigen Theile der Brennereigeräthe, einschließlich der Branntweinsammler und des Messapparates, aus welchen eine Ableitung oder Entnahme von alkoholhaltigen Dämpfen, Lutter oder Branntwein möglich ist, unbefugterweise verlegt wird;

- 3) wenn in einer Brennerei, in welcher ein Messapparat aufgestellt ist, Handlungen vorgenommen werden, welche die regelmäßige Thätigkeit derselben zu fören geeignet sind;
- 4) wenn jemand Branntwein, von dem er weiß oder den Umständen nach annimmt, daß hinlänglich derselben eine Defraudation der Verbrauchsabgabe verübt worden ist, erwirbt oder in Umlauf bringt.

§ 17. Das Dafür der Defraudation der Verbrauchsabgabe wird in den durch die §§ 15 und 16 angegebenen Fällen lediglich durch die dafelbst bezeichneten Thatsachen begründet. — Wird jedoch in diesen Fällen festgestellt, daß der Beschuldigte eine Defraudation der Verbrauchsabgabe nicht habe verüben können, oder daß eine solche nicht beabsichtigt gewesen sei, so findet nur eine Ordnungsstrafe nach Maßgabe des § 22 statt.

§ 18. Wer eine Defraudation der Verbrauchsabgabe begeht, hat eine Geldstrafe verurtheilt, welche für je ein Liter des in dem Branntwein, hinlänglich dessen die Zuwidderhandlung verübt worden ist, enthaltenen reinen Alkohols oder den Bruchtheil eines Liter fünf Mark beträgt. Die Abgabe ist außerdem unabhängig von der Strafe zu entrichten. — Ist ein Destillirgeräth unbefugterweise zur Branntweinbereitung benutzt worden, so wird die Verbrauchsabgabe und die Strafe nach derjenigen Menge reinen

so einen großen Mann passe; Christophe hätte er heißen müssen, wenn sie seine Pathin gewesen wäre. Der Weg hatte auf eine mäßige Anhöhe geführt und teilte sich nun. Marguerite blieb stehen und sprach, die Hand ausgestreckt:

Monsieur Dani, seht Ihr dort den Thurm zwischen den Bäumen und das schwarze schmale Kreuz in der Abendröthe? Jetzt schwimmt ein violettes Wölkchen drauf zu und jetzt sieht es aus, als ob es absieze. Das ist die Kirche von Claudio, und der Weg geradeaus führt hin. Ihr kommt noch vorher zu einem Kreuzweg, dann haltet Euch rechts.

Und wo geht es da hinaus?

Durch den Wald nach Hennezel; ich gehe zu dem Onkel, der einen Kilometer weit darin arbeitet. Also gute Reise!

Er bedankte sich bei der freundlichen Führerin und schaute ihr nach, bis sie hinter den Stämmen verschwunden war. Diese glückverheißende Begegnung floßte ihm volle Zuversicht für die Zukunft ein: er spürte keine Müdigkeit in den Beinen mehr, gleich einem Tambourmajor wirbelte er den Stock um die Hand und schritt Claudio zu, wo er die Nacht bleiben wollte. Zu dem Kreuzweg ge langt, sah er auf der Straße, welche er einschlagen mußte, ein zweispänniges Gefährt ihm rasch entgegen rollen. Auf einmal hielt es an und zwei Personen, eine männliche und eine weibliche, fliegen schnell von der Halbhaise ab. Neugierig, was den plötzlichen Halt verursachte, beschleunigte Dani seinen Marsch und kam grade recht, die unruhigen Pferde, welche Miene machten, mit dem leichten Fuhrwerk durchzugehen, bei den Köpfen zu fassen. Zehn Schritte weiter hinten beväxtigten sich die Insassen des Wagens mit einem grunzenden Schwein, das die mehr zierlichen als träftigen Verschlußplatten des Hintertheils durchdrückt hatte und hinunter gestürzt war.

Nimmt mich gar nicht Wunder, lachte Dani halblaut, so ein elegantes Zeug ist ja nur zum Spazierenfahren, und die Pferde scheinen mir auch eher für eine Kutsche zu passen.

Da erhob sich die weibliche Gestalt und sprach in scharfem Tone zu ihrem Begleiter, der das zappelnde Thier am Boden festhielt:

Das kommt wieder von Deinem verdammten Hochmuth, Franz; mit dem Sauwagen zu fahren war natürlich dem seinen Monsieur nicht anständig; es hätte ihn ja in Monthureux eine der noblen Küchendamen sehen können.

Der Gescholtene mußte etwas gebrummt haben; sie keiste weiter:

Ich soll auch schuld sein? Habe ich Dir nicht ausdrücklich befohlen, Du sollest den alten Fuchs vor den Sauwagen spannen und vor mir für mich ein Brett aufbinden? Wäre es nur nicht so spät

geworden, Du müßtest mir jetzt noch zurückfahren und ihn holen. — guter Freund, kommt einmal her und greift mit an! Ihr thut ein Christliches Werk.

Hab schon eines gehabt, antwortete Dani; diese Springer zeigen alle Lust zum Durchgehen; die sind wahrscheinlich nicht gewohnt, Schweine in der Halbhaise spazieren zu führen.

Dann drängte er lachend die Pferde mit dem Fuhrwerk nach der Unglücksstelle zurück und schaute sich die Dame genauer an.

Wie ein Husar, dachte er, als er der hohen Gestalt gegenüber stand, die ihn ebenfalls aufmerksam betrachtete; den Ansatz zu einem Schnurrbart hat sie schon, aber nobel sieht sie aus, das paßt zu Ross und Wagen.

In der That hätte das feinwollene Kleid mit goldener Kette und reichmontirter Seidenhaube ihr das Aussehen einer vornehmen Frau geben können, wenn der Ausdruck des Gesichts und der dunklen scharfen Augen nicht dagegen gesprochen hätte. Der immer höfliche Dani redete sie Mademoiselle an, trotzdem er überzeugt war, eine verheirathete Frau vor sich zu haben, und ersuchte sie, die Zügel zu nehmen. Dann hob er mit dem mürrischen Knecht das zappelnde Schwein auf den Wagen, wobei er mit seinen gewaltigen Armen und Schultern das meiste thun mußte, da der andere wohl ein hübscher kraushaariger Bursche, aber ein ziemlich schwächlicher Mensch war. Die Meisterin keiste nicht mehr, sie schaute schweigend dem Fremden zu, der ungemein handlich und rasch das widerstreitende Thier an die Seitenlatten festband. Der Knecht saß schon auf dem Fuhrwerk und Dani nahm Stock vom Boden auf, da trat sie auf ihn zu und bot ihm auf der offenen Hand ein Frankenstück hin:

Da Elsässer, habt Ihr ein Trinkgeld.

Ein Livre Trinkgeld gilt auch im Elsass für eine sehr anständige Entschädigung kleiner Hilfslieferung, aber dem Dani schoß urplötzlich durch den Kopf, daß er eigentlich ein Bauernsohn sei, der von einer Bauernfrau, und wenn sie noch so nobel aussehe, nicht nötig habe, gleich einem Knecht ein Trinkgeld anzunehmen. Er trat einen Schritt zurück und berührte seinen Hut, als er antwortete:

Pardon, Mademoiselle, es ist gerne geschehen.

Aber Eure Blouse ist ganz schmutzig geworden. — Die kann ich selber waschen. — Fahrt so schnell als möglich zum Schlachter, Mademoiselle. Ihr werdet wissen, daß es mit fetten Schweinen manchmal merkwürdig schnell geht. Schaden habt Ihr bis jetzt keinen; aber wenn es krepirt . . .

(Fortsetzung folgt.)

Allahs berechnet, welche damit innerhalb drei Monaten bei unausgefechtem Betriebe gewonnen werden könnte, sofern nicht das Gericht zu einem näherliegenden Zeitpunkte amtlich noch unter Verschluss gefunden worden ist, oder sonst eine andere Zeitspanne für die unbefugte Benutzung nachgewiesen werden kann. — Hat eine unbefugte Ableitung oder Entnahme von alkoholhaltigen Dämpfen, Lutter oder Branntwein stattgefunden, so wird die Verbrauchsabgabe und die Strafe in der Art berechnet, daß für die Entdeckung vorhergehenden drei Monate die ununterbrochene Vornahme der Ableitung oder Entnahme angenommen wird, sofern nicht eine andere Dauer derselben nachgewiesen werden kann. — Kann der Betrag der vorenthaltenen Abgabe nicht festgestellt werden, so tritt eine Geldstrafe von fünf bis zu fünftausend Mark ein.

§ 20. In Fällen der Defraudation der Verbrauchsabgabe durch unbefugte Ableitung oder Entnahme von alkoholhaltigen Dämpfen, Lutter oder Branntwein wird die Strafe des Thäters und der Theilnehmer stets durch eine Gefängnisstrafe nicht unter einer Woche geahndet.

§ 20. Im Falle der Wiederholung der Defraudation der Verbrauchsabgabe nach vorhergehender Bestrafung wird die im § 18 angeordnete Geldstrafe verdoppelt. Jeder weitere Rückfall zieht Gefängnisstrafe bis zu drei Jahren nach sich. Doch kann, unbeschadet der Vorschrift des § 19, nach richterlichem Ermeisen mit Berücksichtigung aller Umstände der Zuwidderhandlung und der vorausgegangenen Falle auf Haft oder auf Geldstrafe im doppelten Betrage der für den ersten Rückfall angedrohten Geldstrafe anerkannt werden.

§ 21. Die Straferhöhung wegen Rückfalls tritt ein, ohne Rücksicht darauf, ob die frühere Bestrafung in demselben oder einem anderen Bundesstaat erfolgt ist. — Sie ist verwirkt, auch wenn die frühere Strafe nur teilweise verbußt oder ganz oder teilweise erlassen ist, bleibt dagegen ausgeschlossen, wenn seit der Verbüßung oder dem Erlös der früheren Strafe bis zur Begehung der neuen Straftat drei Jahre verflossen sind.

§ 22. Zuwidderhandlungen gegen die die Verbrauchsabgabe betreffenden Bestimmungen dieses Gesetzes, sowie die in Gemäßheit derselben erlassenen Verwaltungsvorschriften werden, sofern nicht die Strafe der Defraudation der Verbrauchsabgabe verwirkt ist, mit einer Ordnungsstrafe bis zu fünfhundert Mark geahndet.

§ 23. Mit Ordnungsstrafe gemäß § 22 wird auch belegt:

- 1) Wer einem zum Schutze der Verbrauchsabgabe verpflichteten Beamten oder dessen Angehörigen wegen einer auf dieselbe bezüglichen amtlichen Handlung oder der Unterlassung einer solchen Geschenke oder andere Vortheile anbietet, verspricht oder gewährt, sofern nicht der Thatbestand des § 33 des Strafgesetzbuchs vorliegt;
- 2) wer sich Handlungen oder Unterlassungen zu Schulden kommen läßt, durch welche ein solcher Beamter an der rechtmäßigen Ausübung der zum Schutze der Verbrauchsabgabe ihm obliegenden amtlichen Tätigkeit verhindert wird, sofern nicht der Thatbestand der §§ 113 oder 114 des Strafgesetzbuchs vorliegt.

§ 24. Der Besitzer einer Brennerei, in welcher eine unbefugte Ableitung oder Entnahme von alkoholhaltigen Dämpfen, Lutter oder Branntwein ermittelt wird, ist als solcher unabhängig von der Verfolgung der eigentlichen Thäter, mit Geldstrafe von fünfzig bis zu fünfhundert Mark zu bestrafen. Werden in einer Brennerei aus besonderen Anlagen bestehende heimliche Vorrichtungen zum Zweck der Ableitung oder Entnahme von alkoholhaltigen Dämpfen, Lutter oder Branntwein ermittelt, so verfällt der Brennereibesitzer als solcher in einer Geldstrafe von fünfhundert bis zu fünftausend Mark. — Wird in einer Brennerei einen amlicher Verschluß oder einer derjenigen Theile der Brennereigeräthe (§ 16 Ziffer 2), aus welchen eine Ableitung oder Entnahme von alkoholhaltigen Dämpfen, Lutter oder Branntwein möglich ist, verletzt, so trifft den Brennereibesitzer als solchen eine Geldstrafe von fünfundzwanzig bis zu zweihundertfünfzig Mark. — Weist der Brennereibesitzer in den Fällen der Absätze 1 bis 3 nach, daß die Zuwidderhandlung ohne sein Wissen oder wider seinen Willen verübt worden ist, so bleibt er straflos.

§ 25. Brennereibesitzer, welche den Betrieb nicht selbst leiten, können die Übertragung der ihnen gemäß § 24 obliegenden strafrechtlichen Verantwortlichkeit auf einen in ihrem Namen und Auftrage handelnden Brennereileiter bei der Steuerbehörde in Antrag bringen. Falls der Antrag genehmigt wird, geht die strafrechtliche Verantwortlichkeit, unbeschadet der subsidiären Vertretungsverbindlichkeit des Brennereibesitzers gemäß § 28, auf den Brennereileiter über. Die Genehmigung ist jederzeit widerruflich.

§ 26. Werden Brennereibesitzer wegen Defraudation der Verbrauchsabgabe durch unbefugte Branntweinbereitung, Ableitung oder Entnahme von alkoholhaltigen Dämpfen, Lutter oder Branntwein (§ 15 Ziffer 1 bis 3) verurtheilt, so ist ihnen zu untersagen, das Brennereigewerbe selbst jemals wieder auszuüben, oder durch Andere zu ihrem Vortheil auszubüten. Die Steuerbehörde ist jedoch ermächtigt, zu Gunsten der Schuldenigen Ausnahmen zu gestatten.

§ 27. Unbeschadet der verwirkten Ordnungsstrafen kann die Steuerbehörde die Beobachtung der auf Grund der die Verbrauchsabgabe betreffenden Bestimmungen dieses Gesetzes und der in Gemäßheit derselben erlassenen Verwaltungsvorschriften angeordneten Controle durch Anordnung und Einziehung executivester Geldstrafen bis zu fünfhundert Mark erzwingen, auch, wenn die Pflichtigen die zum Zweck der Controlirung vorgeschriebenen Einrichtungen zu treffen unterlaufen, diese auf Kosten der Pflichtigen herstellen lassen. Die Einziehung der hierdurch erwachsenen Auslagen erfolgt in dem Verfahren für die Beitreibung von Zollgesällen, und mit dem Vorzugsrecht her letzteren.

§ 28. Gewerbe- und Handelsbetriebe, einschließlich der Brennereibesitzer, haften für ihre Verwaltung, Gewerbsgehilfen, sowie für diejenigen Hausgenossen, welche in der Lage sind, auf den Gewerbebetrieb Einfluß zu üben, hinsichtlich der vorenthaltenen Verbrauchsabgabe, sowie rücksichtlich der Geldstrafen, in welche die solchergestalt zu vertretenden Personen wegen Verlezung der die Verbrauchsabgabe betreffenden Vorschriften dieses Gesetzes und der in Gemäßheit derselben erlassenen Verwaltungsvorschriften verurtheilt worden sind. Hierbei finden die Bestimmungen im § 66 des Gesetzes vom 8. Juli 1868, betreffend die Besteuerung des Branntweins in verschiedenen zum Norddeutschen Bunde gehörenden Staaten und Gebietssäulen (Bundes-Gesetzbl. S. 384), füngmäßige Anwendung.

§ 29. Im Falle mehrerer oder wiederholter Zuwidderhandlungen gegen die die Verbrauchsabgabe betreffenden Bestimmungen dieses Gesetzes, welche nur mit Ordnungsstrafe bedroht sind, soll, wenn die Zuwidderhandlungen derselben Art sind und gleichzeitig entdeckt werden, die

Ordnungsstrafe gegen denselben Thäter, sowie gegen mehrere Theilnehmer zusammen nur im einmaligen Betrage festgesetzt werden.

§ 30. Die Umwandlung der nicht beizutreibenden Geldstrafen in Freiheitsstrafen erfolgt gemäß §§ 28 und 29 des Strafgesetzbuchs. Der Höchstbetrag der Freiheitsstrafe ist jedoch bei einer Defraudation der Verbrauchsabgabe im wiederholten Rückfall zwei Jahre, bei einer mit Ordnungsstrafe bedrohten Zuwidderhandlung sowie in den Fällen des § 27 drei Monate Gefängnis.

§ 31. Die Strafverfolgung von Defraudationen der Verbrauchsabgabe versieht in drei Jahren, diejenige von Zuwidderhandlungen, welche mit Ordnungsstrafe bedroht sind, in einem Jahre. — Die Strafverfolgung auf Grund der Bestimmungen der §§ 24 und 25 verjährt zugleich mit dem Eintritt der Verjährung gegen den eigentlichen Thäter.

§ 32. In Betreff der Feststellung, Untersuchung und Entscheidung der Zuwidderhandlungen gegen die die Verbrauchsabgabe betreffenden Bestimmungen dieses Gesetzes und die in Gemäßheit derselben erlassenen Verwaltungsvorschriften, in Betreff der Strafmilderung und des Erlasses der Strafe im Gnadenwege kommen die Vorschriften zur Anwendung, nach welchen sich das Verfahren wegen Zuwidderhandlungen gegen die Zollgesetze bestimmt.

§ 33. Die nach den Vorschriften dieses Gesetzes verwirkten Geldstrafen fallen dem Fiscus desjenigen Staates zu, von dessen Behörden die Strafentscheidung erlassen worden ist.

§ 34. Jede von einer nach § 32 zuständigen Behörde wegen einer Zuwidderhandlung gegen die Bestimmungen dieses Gesetzes und in Gemäßheit derselben erlassenen Verwaltungsvorschriften einzuleitende Untersuchung und zu erlassende Strafentscheidung kann auch auf diejenigen Theilnehmer, welche anderen Bundesstaaten angehören, ausgedehnt werden. — Die Strafvollstreckung ist nötigenfalls durch Erhebung der zuständigen Behörden und Beamten desjenigen Bundesstaates zu bewirken, in dessen Gebiet die Vollstreckungsmöglichkeit zur Ausführung kommen soll. — Die Behörden und Beamten der Bundesstaaten sollen sich gegenseitig thätig und ohne Verzug den verlangten Beistand in allen gegebenen Maßregeln leisten, welche sich auf die Verfolgung von Zuwidderhandlungen gegen dieses Gesetz beziehen.

§ 35. Der Reinertrag der Verbrauchsabgabe ist den einzelnen Bundesstaaten nach Maßgabe der matrikularmäßigen Bevölkerung, mit welcher sie zum Gebiet der Branntweinsteuergemeinschaft gehören, zu überweisen. Für die durch die Erhebung und Verwaltung der Abgabe den Bundesstaaten erwachsenden Kosten wird nach Maßgabe der vom Bundesrat zu erlassenden Bestimmungen Vergütung gewährt.

Zweiter Abschnitt.

Massbottich- und Branntweinmaterialsteuer.

Dritter Abschnitt.

Zoll- und Uebergangssabgabe.

§ 37. § 38. { Principal-Entwurf.

Vierter Abschnitt.

Schluß im mu n g.

§ 39. Wie § 26 des Principal-Entwurfs mit der Maßgabe, daß statt „§§ 1 bis 23 und 25“, beziehungsweise „§ 23“, „§ 22 Absatz 1“ und „§ 23 IV Absatz 3“ zu setzen ist: „§§ 1 bis 36 und 38“, beziehungsweise „§ 36“, „§ 35 Absatz 1“ und „§ 36 IV Absatz 3“.

Deutschland.

§ Berlin, 17. Mai. [Strike. — Verbot von Versammlungen. — Eingeziehung der Steuer in Berlin. — Städtisches.] Ein neuer partieller Strike ist heute ausgebrochen; Steinträger haben bei den Meistern, welche den neu ausgearbeiteten Lohntarif nicht acceptirt haben, die Arbeit niedergelegt. Bis jetzt freilich hat der Strike große Dimensionen nicht angenommen, bis heute Abend hatten sich 30 Strikende gemeldet; die Mehrzahl der Meister resp. Bauunternehmer hatte die Forderung der Steinträger bewilligt. — Für heute Abend waren nicht weniger als 17 Arbeiterversammlungen angesetzt, alle Schattirungen und Arten waren vertreten. Die Steinträger wollten in Berathung treten, die Versammlung war verboten worden; zwei Arbeiterbezirksvereinsversammlungen waren anberaumt, zu beiden war die polizeiliche Genehmigung nicht ertheilt; die Frauen wollten eine Versammlung abhalten, die Polizei hatte ihnen einen Strich durch die Rechnung gemacht und die Erlaubnis nicht gegeben. Auch den Töpfersgesellen, die für morgen, Dienstag, ihre Lohnverhältnisse besprechen wollten, ist es nicht besser gegangen. Man sieht, welche einschneidenden Wirkungen jener Ministerialerlaß auf unser ganzes Versammlungsleben ausübt. — Die Eingeziehung der städtischen Steuern und der Staatsklassensteuer durch die städtische Steuer-Deputation hat für das abgelaufene Rechnungsjahr 1855/86 recht günstige Resultate ergeben. Dabei ist, wie immer, mit der möglichsten Milde gegen diejenigen Steuerpflichtigen verfahren worden, welche nicht zahlungsfähig waren. Eingezogen wurden an Mietsteuer 11 268 076 Mark, Haussteuer 3 939 672 Mark, Real-Subventionssteuer 300 352 M., Gemeindeinkommensteuer 12 120 125 Mark, Staatsklassensteuer 1 879 082 Mark. Eingekommen sind bei den Hauptstädtern (Mietsteuer, Gemeindeinkommensteuer und Staatsklassensteuer) bezw. 97,31 p.C., 95,75 p.C., 95,13 p.C., während die Niederschläge 2,61 p.C., 2,49 p.C., 2,59 p.C., die Reste dagegen nur 0,08 p.C., 0,21 p.C. und 0,60 p.C. betrugen, und die an 100 p.C. noch fehlende Reste sind wirkliche Ausfälle. Wenige Städte werden wohl ähnliche Erfahrungen bei der Steuereinziehung aufweisen können. — Die Ausarbeitung der Festschrift, welche Seitens der Stadt Berlin den Mitgliedern des Congresses der deutschen Aerzte und Naturforscher im September dieses Jahres überreicht werden soll, wird dem Vernehmen nach dem Decernement im kgl. statistischen Bureau Dr. med.

Kleine Chronik.

Breslau, 18. Mai.

Über die Gründung der Jubiläumsausstellung werden noch folgende Mitteilungen veröffentlicht: Auf Befehl des Kaisers ist nunmehr die feierliche Gründung der akademischen Jubiläums-Ausstellung auf Sonntag, den 23. Mts., Vormittags 12½ Uhr, festgesetzt worden; dieselbe erfolgt in Anwesenheit des gekrönten Hofs, der Botschafter, sowie der höchsten Spitzen der Civil- und Militärbehörden. Die eingeladenen Gäste, die Herren an gala, die Damen in den Promenadentöpfen, müssen eine halbe Stunde vor Gründung der Feier auf ihren Plätzen sein. In dem Augenblick, in welcher der Kaiserliche Wagen in Sicht ist, verklinden Cavallerieanfaren dessen Herannahen und sobald derselbe in den Park einfährt, werden sämtliche Flaggen gehisst. Der Kronprinz in seiner Eigenschaft als Präsident des Ehren-Comités empfängt den hohen Protector der Ausstellung am Eingang derselben, umgeben von den Mitgliedern des Ehrencomites und des akademischen Senats. Während der Kaiser unter dem im Ehrensaal errichteten Thronhimmel Platz nimmt, intoniert ein starkes Orchester, sowie ein aus vierhundert Damen und Herren gehildeter Chor der Hochschule unter der Leitung des Prof. Joachim Händel's „Hallelujah“. Die Ansprachen werden durch den Kronprinzen und den Cultusminister Dr. von Goßler gehalten werden, wogegen das Hoch auf den Kaiser durch den Akademie-Präsidenten Prof. C. Becker ausgebracht wird, woran sich die von allen Musik-Chören intonirende und von allen Anwesenden gesungene National-Hymne schließt. Demnächst besichtigt der Kaiser die Hauptfälle der Ausstellung, außerdem wahrscheinlich auch noch das Kyllmann-Heyden'sche Panorama: „Pergamon“ im klassischen Dreieck.

* In honorem Victoris Scheffel ein Scherlein des Dankes von einem alten Heidelberg Studenten! Unter diesem Titel liegt uns ein elegant gedrucktes Büchelchen vor, das sich die lösliche Aufgabe gestellt hat, für das in Karlsruhe zu errichtende Scheffel-Denkmal die ersten Scherlein zusammenzutragen zu helfen. Das bezeichnende Motto lautet: „Jeden so gut er's kann, aber alle für einen Mann! Das Büchelchen enthält vier stimmungsvolle Gedichte: „Zum 12. April 1886“, „Hohenwiel“, „Wartburg“, „Altheidelberg“, und ist im Verlage der G. Braun'schen Hofbuchhandlung in Karlsruhe erschienen.

Albert Guttstadt unter Oberleitung des Geh. Rath's Professor Dr. Birchow übertragen werden. Der Umfang der Festschrift soll 20 bis 24 Bogen betragen. — Das Curatorium der städtischen Markthallen hat beschlossen, die in den Markthallen befindlichen Waaren jeder Art gegen Feuerschaden zu versichern. Die Versicherung ist jetzt auf 5 Jahre (bis zum 12. Mai 1890) bei der Münchener Feuerversicherungs-Gesellschaft für einen Gesamtbetrag von 500 000 Mark erfolgt.

§ Berlin, 17. Mai. [Grottkau und Most.] Wir hatten, als die ersten Nachrichten aus Chicago über die Arbeiterunruhen eintrafen, darauf hingewiesen, daß daselbst der deutsche Agitator Paul Grottkau als Redakteur der „Arbeiterzeitung“ eine hervorragende Rolle gespielt habe. Neuerdings wird nun Grottkau als Hauptführer der Unruhen bezeichnet. Das ist nach den neuesten hier eingetroffenen Meldungen aus Chicago unrichtig. Die „Arbeiterzeitung“, welche ehemals sozialistisch war, ist anarchistisch geworden, Grottkau ist bereits 1884 aus der Redaktion ausgetreten, und zwar deshalb, weil er fortwährend von den Anarchisten angegriffen wurde. Grottkau wurde namenlich von Most scharf attaquierte, und letzter setzte es durch, daß alle sozialistischen Elemente aus der „Arbeiterzeitung“ entlassen wurden. Wenn übrigens jetzt anlässlich des Hervortretens Most's bei den Arbeiterunruhen in zahlreichen deutschen Zeitungen betont wird, daß der anarchistische Agitator ein Sohn eines Regierungsschreiters sei, so ist das ein großer Irrthum. Der Vater von Most, dessen Name in dem ersten Anarchistenprozeß gegen Bremer und Genossen erwähnt wurde, ist Todtengräber in Augsburg gewesen und seit wenigen Jahren daselbst verstorben. Most galt übrigens schon seit geraumer Zeit, während er noch in Deutschland weilte, als vollständig hinverbrannt. Schon 1877, auf dem damaligen sozialistischen Kongress in Gotha, waren die Freunde von Most der Ansicht, daß der selbe absolut unzurechnungsfähig sei. Schon damals war Most vom Socialismus abgesunken und hatte sich dem Anarchismus gewendet.

[Der Zuckersteuerentwurf.] Der Entwurf eines Gesetzes, die Besteuerung des Zuckers betreffend, wie dieser vom Bundesrat nach Ablehnung des vom Reichstage angenommenen Entwurfs durch denselben beschlossen wurde, weicht nur in den § 1 und 2 des Artikels I. von diesem Entwurf ab. Diese Paragraphen lauten:

Artikel I. Die §§ 1 und 3 des Gesetzes vom 26. Juni 1869, die Besteuerung des Zuckers betreffend (Bundes-Gesetzbl. S. 282), treten mit 1. August 1886 außer Kraft und werden durch folgende Bestimmungen ersetzt:

§ 1. Die Rübenzuckersteuer wird von 100 Kilogramm der zur Zuckerbereitung bestimmten rohen Rüben mit 1,70 Mr. erhoben.

§ 2. Für den über die Zollgrenze ausgeführten oder in öffentliche Niederlagen oder Privattransföller unter amtlichem Mittverschluß aufgenommenen Zucker wird, wenn die Menge wenigstens 500 Kilogramm beträgt, eine Steuervergütung nach folgenden Sätzen für 100 Kilogramm gewährt:

a) für Rohzucker von mindestens 90 p.C. Polarisation und für raffinierten Zucker von unter 98, aber mindestens 90 p.C. Polarisation:

1) für die Zeit vom 1. August 1886 bis zum 30. September 1887 18,00 Mark,

2) vom 1. Oktober 1887 ab 17,25

b) für Kandi und für Zucker in weissen, vollen, harten Broden, Blößen, Platten, Würfeln oder Stangen, oder in Gegenwart der Steuerbehörde zerkleinert, ferner für andere vom Bundesrat zu bezeichnende Zucker von mindestens 99½ p.C. Polarisation:

1) für die Zeit vom 1. August 1886 bis 31. October 1887 22,20 Mark,

2) für die Zeit vom 1. November 1887 ab 21,50

c) für allen übrigen harten Zucker, sowie für allen weissen trockenen (nicht über 1 p.C. Wasser enthaltenden) Zucker in Kristall-, Krummel- und Mehlform von mindestens 98 p.C. Polarisation, soweit auf denselben nicht der Vergütungssatz unter b Anwendung findet:

1) für die Zeit vom 1. August 1886 bis 31. October 1887 20,80 Mark,

2) für die Zeit vom 1. November 1887 ab 20,15

Der Bundesrat hat die Zollämter zu bestimmen, über welche die Ausfuhr der unter a und c fallenden Zucker bewirkt werden kann. Derselbe ist auch befugt, zu bestimmen, daß die bei der Ausfuhr von Zucker gegen Steuervergütung abzugebende Declaration auf den Zuckergehalt nach dem Grade der Polarisation gerichtet werde.

Aus der Begründung heben wir den folgenden Satz hervor:

Der gegenwärtige Gefechtsentwurf sieht im Vergleich zu der früheren Vorlage nicht einen niedrigeren Steuersatz vor, sondern kommt auch in der Bemessung der Steuervergütung für ausgeführten z. Zucker den Beschlüssen des Reichstags entgegen und eignet sich im Uebrigen die sämtlichen von dem Reichstage zur Erminderung und Begünstigung der Zuckerindustrie beschlossenen Bestimmungen an, ungeachtet der gegen einige derselben auch jetzt noch bestehenden nicht unerheblichen Bedenken.

In einem fast unglaublichen Leichtsinn hat der 22jährige Postgehilfe Ernst Bodtko seine Existenz geopfert. Er stand gestern unter der Anlage des Vergehens im Amts in vier Fällen vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I. Während der Weihnachtszeit bei dem Postamt 12 angestellt, ließ er sich verleiten, einen Brief, dessen durchsichtiges Cover eine Neujahrskarte als Inhalt verrieth, zu öffnen und sich die Karte anzuseignen. Er hat dieselbe geständig einer Freunde gegeben. Ferner unterschlug er eine aus Motivvideo stammende Postkarte lediglich zu dem Zwecke, um die fremde Marke dem Sohne eines Vorgesetzten zu schenken, der

ihrer Seite. Er hoffe, dieselbe werde in friedlicher Haltung verharren, bis ihr Gerechtigkeit werde. Die weitere Beratung wird nach achtstündiger Debatte auf Nachmittag vertagt.

London, 18. Mai. Der seitherige Generalsecretär des Unterhauses Erskine May, welcher jüngst bei seiner Amtsniederlegung zum Lord Arnborough ernannt wurde, starb gestern Abend, nachdem er kurz vorher noch der Unterhausfassung beigegeht hatte.

Schottopol, 17. Mai. Der Kaiser hielt heute Truppenaufmarsch ab. Am Dienstag, dem Geburtstage des Thronfolgers, wird das Kriegsschiff „Ischesme“ vom Stapel laufen.

Handels-Zeitung.

Breslau, 18. Mai.

Frankfurt a. M., 18. Mai. Hessische Ludwigsbahn. April-einnahme und nicht garantirte Strecken Personenverkehr 444 088 Mark, Güter 646 313 Mark, Extraordinarium 35 289 Mark. Seit Jahresanfang 3 862 398 Mark garantirtes Netz. April 144 022 Mark, seit Jahresanfang 523 572 Mark. (Privatelegramm der Breslauer Zeitung.)

-f. **Donnersmarckhütte**. In der auf heute Vormittag 11 Uhr befreuen Generalversammlung der Donnersmarckhütte führte Herr Generaldirektor, Bergrath Scherbening, den Vorsitz. Unter Bezugnahme auf den gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht wird von dessen Verlesung abgesehen. Auf eine Anfrage des Actionärs Banquier Albert Holz, ob die zum Hochofenbetrieb erforderlichen Steinkohlen dem Hochofen zum Selbstkosten- oder zum Verkaufspreis angerechnet würden, da davon wesentlich abhängig ist, wie sich der Gewinn auf Roh-eisenconte stellt, erklärt Director Galda, dass die Kohlen zu einem Verkaufspreise, welcher sich nach demjenigen der fiscalischen Grubenrichte, dem Hochofenbetrieb angerechnet werden. Auf eine weitere Anfrage desselben Actionärs, ob Aussichten auf Besserung vorhanden seien, sowie auf eine weitere Anfrage aus der Mitte der Versammlung bezüglich der im vorigen Jahre besonders hohen Abschreibungen, erklärt Director Galda, dass die Conjectur des Eisenmarktes eine dauernd ungünstige sei, dass zur Zeit etwa 30 000 Cr. unverkauftes Roheisen lagern und eine Steigerung der Vorräthe nicht unwahrscheinlich sei, zumal der Export nach Russland immer schwieriger werde und Oesterreich empfindliche Concurrenz bereite. Angesichts dieser recht ungünstigen Verhältnisse habe es erforderlich erachtet werden müssen, dem Aufsichtsrathe die Abschreibungen, wie geschehen, zu empfehlen. Auf eine von Hrn. Alb. Holz weiter angeregte Frage, ob es sich nicht empfehlen würde, einen zweiten Hochofen erhalten zu lassen und den Schwerpunkt der geschäftlichen Tätigkeit auf die Kohlenproduktion zu legen, erläuterte der Vorsitzende, dass diese Frage im Schoosse des Aufsichtsrathes wohl erwogen sei, dass man sich aber vorerst zu einer Kaltstellung nicht entschliessen könne, die Angelegenheit indessen wohl im Auge behalte. Eine weitere Provocation veranlasste Herrn Director Galda zu der Mitteilung, dass das Steinkohlengeschäft sich im laufenden Jahre weiter recht günstig entwickle, die Bestände seien geräumt, und der Absatz lasse nichts zu wünschen übrig; die finanzielle Lage sei eine recht befriedigende, an liquiden Mitteln seien zur Zeit eine halbe Million Mark vorhanden und mit Abrechnung der per 1. Juli fälligen Verbindlichkeiten werden noch etwa 600 000 Mark liquid sein. Hierauf wurde die vorgelegte Bilanz genehmigt und die Decharge ertheilt; demgemäß ist von Zahlung einer Dividende Abstand genommen und von dem verbliebenen Reingewinn von 26 319 M. erhalten die Reservefonds I und II 21 958 M., die Mitglieder des Aufsichtsrathes als Tantième 1 059 M. während restliche 3 312 M. auf neue Rechnung vorgenommen werden. Der Herr Vorsitzende teilte hierauf mit, dass die Herren Generalconsul Landau, Graf Guido Henckel von Donnersmarck und Consul Müller ihre Mandate als Mitglieder des Aufsichtsrathes niedergelegt haben und Neuwahlen erforderlich seien. Es wurden gewählt die Herren Bankier Richard Döbersch mit sämmtlich abgegebenen 6169 Stimmen, Fabrikbesitzer Gustav Bock mit 6 137 und Bankier Hermann Schweitzer mit 4 168 Stimmen.

* **Discontogesellschaft**. Die „Voss. Ztg.“ entnimmt der „Birsh. Wjedom.“ folgende Notiz: „Gestern Abend ist in Petersburg der Inhaber der Discontogesellschaft eingetroffen, welcher die Aufruforderung erhalten hat, die Unterhandlungen betreffs Convertirung russischer Staatsanleihen wieder aufzunehmen. Wie verlautet, sind die Hindernisse, welche dem Projekt anfänglich im Wege standen, nunmehr beseitigt, und die gegenwärtigen Unterhandlungen haben nur noch die Feststellung der näheren Details einer im Prinzip schon gelösten Frage zum Zweck.“ — Das genannte Berliner Blatt bemerkte hierzu, dass auch eine Petersburger Mittheilung der „Polit. Corr.“ die Anwesenheit Herrn von Hansemann's in Petersburg mit der Conversion der russischen Staatsanleihen in Verbindung bringt, und zwar handle es sich zur Zeit

nur um die Convertirung der Obligationen der älteren englischen Anleihe im Betrage von ungefähr 100 Millionen Rubel (wahrscheinlich die 1862er Anleihe von 15 000 000 Pfds. Sterl.). Diese Operation gelte eigentlich nur als ein Versuch, von dessen Gelingen es abhängen werde, ob die Conversion an einem späteren Zeitpunkte auf die gesammte russische Staatsschuld ausgedehnt werden solle.

Ausweise.

Wien, 18. Mai. [Wochen-Ausweis der österreichisch-ungarischen Bank vom 15. Mai.]					
Notenumlauf.....	354 400 000	Fl. Abn.	9 673 000	Fl.	
Metallschatz in Silber	133 900 000	z	Zun.	14 000	z
do. in Gold	63 800 000	z	Abn.	3 000	z
In Gold zahlbare Wechsel	15 700 000	z	Abn.	944 000	z
Portefeuille	123 700 000	z	Abn.	5 278 000	z
Lombarden	23 600 000	z	Abn.	1 241 000	z
Hypothesen-Darlehn	91 300 000	z	Zun.	274 000	z
Pfandbriefe in Umlauf.....	89 400 000	z	Zun.	564 000	z

*) Ab- und Zunahme gegen den Stand vom 7. Mai.

* **Oesterr.-Ungar. Staatsbahn**. Ausweis der österreich.-ung. Staatsbahneneinnahme vom 12. bis 18. Mai 563 803 Fl., Minus 97 259 Fl.

Submissionen.

A—z. Submission auf Stahlachsen. Bei der Königl. Eisenbahn-Direction hier selbst stand die Lieferung von 1) 4 vollständigen Locomotiv-Treibachsen zweier verschiedener Arten, 2) 2 vollständigen Locomotiv-Laufachsen in zwei verschiedenen Arten, 3) 19 vollständigen Tenderachsen, je 3, 6, 9 und 1 Stück verschiedener Art zur Submission. Es offerirten per Stück: Friedrich Krupp in Essen ad 1 zu 1280 und 974 M., ad 2 zu 632 und 398 M., ad 3 zu 360, 380, 355 und 450 M.; A. Borsig, Berlin, ad 1 zu 1520 und 1200 M., ad 2 zu 790 und 590 M., ad 3 zu 600, 610, 600 und 675 M.; der Bochumer Verein für Guastahlfabrikation, ad 1 zu 1199 und 922 M., ad 2 zu 566 und 482 M., ad 3 zu 373, 387, 373 und 426 M.

Marktberichte.

Berlin, 17. Mai. [Städtischer Centralviehhof.] Amtlicher Bericht der Direction. Es standen zum Verkauf: 4629 Rinder, 9826 Schweine, 2159 Kälber und 23 727 Hammel. Angesichts des sehr starken Auftriebs gestaltete sich das gesammte Geschäft äußerst flau und hinterließ einen so starken Überstand, wie er seit langer Zeit nicht zu verzeichnen gewesen ist. Insbesondere gilt dies von Rindern und Schweinen. Bei letzteren fehlte der Bedarf ganz und bei ersteren war er äußerst schwach. Die Preise stellten sich für Rinder etwa um 3 bis 4 M. niedriger als vor acht Tagen, nämlich für Ia auf 47—51, IIa 42—45, IIIa 33—37, IVa 27—31 M. pro 100 Pfds. Fleischgewicht, während bei Schweinen die Differenz sogar 5 M. erreichte. Ia 41—42, IIa 39—40, IIIa 36—38 M. pro 100 Pfds. mit 20 pCt. Tara, Bakonier 42—43 M. mit 50 Pfds. Tara pro Stück. Kälber mussten gegen Ende des Monats zu jedem nur einigermaßen annehmbaren Preise abgegeben werden. Ia 40—48, IIa 28—38 Pf. pro Pfds. Fleischgewicht.

Wasserstands-Telegramme.

Ratibor, 18. Mai. Unterpegel 1,97 m.

Glatz, 18. Mai. Unterpegel 0,39 m.

Breslau, 18. Mai. Oberpegel 5,04 m, Unterpegel + 0,49 m.

Familien-nachrichten.

Verlobt: Fr. Marie Reinisch, Fr. Pastor Julius Gilbert, Streitentin d. Margislaß-Haugard. Fr. Silda v. Hartrott, Fr. Rittmeister Frhr. v. Teissin, Ludwigburg. Fräulein Hedwig Nether, Fr. Rgsb. Carl Müller, Landesherr-Reichenforst. Verlobt: Fr. Alfred Graf Keyserling, Fr. Helene Gräfin zu Waldeck u. Pyrmont, Bad Homburg. Fr. Heinrich Graf Bethnay-Hue, Fr. Marie von Wandorf, Schönfeld. Fr. Sec.-Lt. Otto v. Heydebreck, Fr. Edda v. Blankenburg, Stargard i. P. — Breslau. Gestorben: Fr. Hauptm. a. D. Fr. Hermann Eberhard von Dünklage-Campe, Lingen a. Emst. Fr. Oberst Frida Verwoerner, geb. Dehler, Berlin. Fr. Pauline Gräfin Westarp, geb. Freiin

v. Müßling, Potsdam. Verm. Fr. General Georgine v. Nakmer, geb. Christiani, Potsdam. Fr. Pfarrer Karl Kolde, Langenöls.

HAVANNA-Cigarren, unsortirt, prachtvolle Qualitäten, zu 7, 7½ und 8 Pf. empfiehlt [3178]

Hugo Kary, Ring 45.

1 Pianino (P. Heyder, mittelhoch, schwarz, fast neu), 1 Stuflügel (Frang. Verndt Breslau), Poliander, vorzügl. erhalten, sind sehr billig, jedoch nur gegen Kasse zu verkaufen bei [3177]

Mag Schlesinger, Neue Taschenstr. 16, I. (Alleinige Niederlage d. Bösendorfer'schen Flügel für Schlesien u. Posen.)

Restaurant Eduard Scholz

vormals Labuske,
75, Ohlauerstrasse 75.

Original-Pilsener Bier,
Spatenbräu
à Glas 25 Pf. [6603]

Mineralbrunnen, 1886er Füllung.

Neue prachtvolle

Matjes - Heringe,

Neue, sehr schöne

Malta-Kartoffeln

empfiehlt [6441]

J. Filke,

Junkernstrasse, vis-à-vis
Hôtel „Goldene Gans“, u. Moltkestrasse 15.

Eleg. u. solide Einrahm. Kunsth. Lichtenberg.

Reichenstein.

Für Sommerfrischler vorzüglich geeignet. Reisendes Bergstädtchen am Fuße des Walds. Reichensteiner Gebirges. Waldwälzer in 3 Min. Milde beständt. Klima. Bahnhofe romantische Spaziergänge. Schlafenthal, Kreuzberg, Gute (Österr. Weinhaus, 5 Min.) re. Ausflüge: Landes Bad, Camenz, Schloss Johannisthal re. Bäder. Dreimalige Postverbindung Camenz-Reichenstein-Landes Bad. Billige Wohnung. vermittelt Verschönerungs-Verein Reichenstein. [2699]

Gemälde-Salon Bruno Richter, Breslau, Schlossh.

Angekommene Fremde:

Heinemann's Hotel zur „goldenem Gans.“	von Walther-Chronst. Lt.	Mecklenburg, Kfm., Berlin.
Brau Gräfin Preil, Altb.	Pohlwitz, Kfm., Hamburg.	Kahn, Kfm., Berlin.
in Comt., Kreiswitz.	Kammerherr u. Rtgbd., Schlesinger, Kfm., Berlin.	Nick, Kfm., Berlin.
Rutz, Rgsb., Warschau.	Kammerherr u. Rtgbd., Moisb.	Hôtel du Nord,
Krause, Dr. Polen.	Kammerherr u. Rtgbd., Moisb.	Tiere, Optm., n. Famili. u. vis-à-vis dem Centralbahnh.
Harder, Kfm., Frankfurt a. M.	Kammerherr u. Rtgbd., Bernhardy, Gen.-Direc.	Beb., Berlin.
Krumm, Kfm., Remscheid.	Kammerherr u. Rtgbd., Bernhardy, Gen., Gurlau.	Bernhardy, Gen., Gurlau.
Frenz, Kfm., Mainz.	Kammerherr u. Rtgbd., Frau Baumeister Knoll, Hirschberg.	Frau Baumeister Knoll, Hirschberg.
Hanßen-Hotte, Kfm., Gognac.	Kammerherr u. Rtgbd., Gottschling, Gutsb., n. Fam.	Gottschling, Gutsb., n. Fam.
Graf Posadowsky-Wehner.	Kammerherr u. Rtgbd., Voigt, Kfm., Chemnitz.	Erbach b. Goldberg.
Landsält. u. Rtgbd., Gr.	Kammerherr u. Rtgbd., Schubert, Gotsb., n. Fam.	Baron von Aiten, Rtgbd., Berlin.
Paniow.	Kammerherr u. Rtgbd., Waldeburg.	Dra. von Pollack, Turnau, Ungarn.
v. Brittim-Gaffron, Rtgbd.	Kammerherr u. Rtgbd., Lauenhienpl.	v. Matutinow, Laronopel.
u. Rtgbd., Gläden.	Kammerherr u. Rtgbd., Ober-Beilau.	Ritter, Militär-Intendantur-Rath, Berlin.
von Trützschler-Kaltenstein,	Kammerherr u. Rtgbd., Sohn, Kratow.	Großmann, Kfm., Frankstadt.
Rtgbd., Gläden.	Kammerherr u. Rtgbd., Schloss, Commerzienrat, n. Gem., Striegau.	Thiel, Kfm., Kaitowitz.
v. Dembinski, Rtgbd., n.	Kammerherr u. Rtgbd., Gemahlin, Erfurt.	Hôtel z. deutschen Hauses, Ober-Beilau.
Sohn, Kratow.	Kammerherr u. Rtgbd., Groß-Ost.	Thiel, Kfm., Kaitowitz.
v. Heydebreck, Orla, Stolp in Pommern.	Kammerherr u. Rtgbd., Berger, Reichsanw., Königs-	Hôtel 2. deutschen Hauses, Ober-Beilau.
v. Heydebreck, Orla, Stolp in Pommern.	Kammerherr u. Rtgbd., Meyer, Kfm., Aschersleben.	Heydebreck, Nr. 22.
v. Heydebreck, Orla, Stolp in Pommern.	Kammerherr u. Rtgbd., Sennfner, Kfm., Berlin.	Sieger, Brauerei, Peterwitz.
v. Heydebreck, Orla, Stolp in Pommern.	Kammerherr u. Rtgbd., Bartsch, Commerzienrat, n. Gem., Striegau.	Sieger, Kfm., Frankenstejn.
v. Heydebreck, Orla, Stolp in Pommern.	Kammerherr u. Rtgbd., Berger, Reichsanw., Königs-	Walther, Kfm., n. Gem., Poln. Lissa.
v. Heydebreck, Orla, Stolp in Pommern.	Kammerherr u. Rtgbd., Dr. Dr. Glogowski, Kempen.	Müller, Kfm., Dresden.
v. Heydebreck, Orla, Stolp in Pommern.	Kammerherr u. Rtgbd., Simon, Kfm., Berlin.	Döllgell, Geschäftsführer, Kleinitz.
v. Heydebreck, Orla, Stolp in Pommern.	Kammerherr u. Rtgbd., Hoffmann, Kfm., Wien.	Ziegler, Kfm., Berlin.

Br. 18. Mai. Preise der Getreilen.	Festsetzungen der städtischen Markt-Deputation.	gute	mittlere	geringe Ware.
höchst. niedr.	höchst. niedr.	höchst. niedr.	höchst. niedr.	höchst. niedr.
16 — 15 60	14 80	14 60	14 30	13 90
15 80				